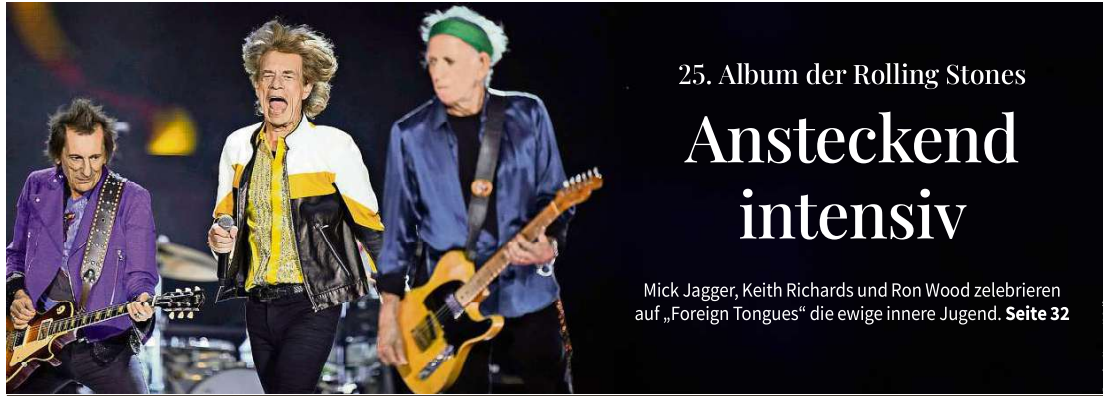


STUTTGARTER ZEITUNG

Nr. 155 | 28. Woche | 82. Jahrgang | E 4029 | Aus den Stadtteilen

Donnerstag, 9. Juli 2026

3,00 €



25. Album der Rolling Stones

Ansteckend intensiv

Mick Jagger, Keith Richards und Ron Wood zelebrieren auf „Foreign Tongues“ die ewige innere Jugend. **Seite 32**

Wunsch und Wirklichkeit



Das fehlende Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staats ist bedenklich.

Von Annika Grah

Als der Wahlkampf im vergangenen Sommer noch gar nicht so richtig Fahrt aufgenommen hatte, war Cem Özdemir Mantra: Er wolle nichts versprechen. Das sagte der heutige Ministerpräsident auf seiner Tour 2025 häufig. Dann versprach er aber doch etwas: raschen Bürokratieabbau. Das Effizienzgesetz, das viele bürokratische Fesseln lösen soll, hatte er schon Monate vor der Landtagswahl ausformuliert. Nun soll es offenbar noch vor der Sommerpause der erste große Wurf der neuen Landesregierung werden.

Ob das Gesetz die angekündigte Wirkung entfaltet, wird sich zeigen. Bis Ende 2027 sollen ihm Berichtspflichten für viele Firmen fallen – eine Mammutaufgabe, die das Gros der Baden-Württemberger aber kaum wahrnehmen wird. Die haben ganz andere Erwartungen an die Landesregierung. Der Staat möge mehr investieren, finden sie: Das ist das Ergebnis des aktuellen BaWi-Checks, der Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen. Geld soll locker gemacht werden – für Kliniken, Schulen, Kitas, Straßen und Wohnungsbau, damit die Mieten endlich wieder erschwinglich werden. Dinge der Daseinsvorsorge also, von denen die Menschen gewohnt sind, dass der Staat mit ihren Steuergeldern dafür aufkommt. Sparen? Soll das Land nur bei der eigenen Verwaltung – und bei der Kultur.

Doch die Wunschliste der Bürgerinnen und Bürger ist so lang, dass die Landesregierung angesichts der finanziellen Lage eigentlich nur Enttäuschungen produzieren kann. Erst kürzlich machten Grüne und CDU in ihrer gemeinsamen Haushaltskommission Kassensturz. Das Ergebnis ist ernüchternd: Die Deckungslücke beläuft sich auf fünf Milliarden Euro. Um die absehbaren Ausgaben zu decken, müssen alle Register gezogen werden. So wird etwa die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse genutzt. Heißt: In wirtschaftlich mauen Zeiten darf der Staat Kredite aufnehmen, die zurückgezahlt werden, wenn die Steuereinnahmen wieder sprudeln. Darüber hinaus bekommen alle Ministerien eine strenge Sparaufgabe. Zudem will das Land eine Ausnahme innerhalb der Schuldenbremse einführen, um Kredite für Kommunen aufnehmen zu können. Andere Möglichkeiten für zusätzliche Kredite, die der Bund geschaffen hat, schließt Grün-Schwarz bislang kategorisch aus. So bleiben gerade mal 300 Millionen Euro für Mehrausgaben: eine klägliche Summe angesichts des Investitionsbedarfs und der milliardenschweren Wunschliste der Bürgerinnen und Bürger.

Geld in der Verwaltung zu sparen, bietet keine schnelle Lösung. Doch die Digitalisierung könnte helfen, Kosten zu senken. Auch eine Gemeindereform, wie sie viele Befragte des BaWi-Checks befürworten, könnte helfen, Doppelstrukturen und damit auch Doppelfinanzierung abzubauen. Es sieht indes nicht danach aus, dass Grün-Schwarz dieses Großprojekt schnell angeht.

Große Sprünge – etwa bei Investitionen in die Infrastruktur – sind also erst einmal nicht zu erwarten, auch wenn die Landesregierung an vielen Stellschrauben dreht und auch teure Neuerungen wie den von Herbst an geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen einführen wird.

Hoch sind die Erwartungen seitens der Bürger ohnehin nicht. Nur zwei von fünf Befragten im BaWi-Check trauen Grün-Schwarz zu, die Zukunftsprobleme im Land anzugehen. Das ist das eigentlich bedenkliche Ergebnis der Umfrage. Die Landesregierung sollte alles tun, um das Vertrauen in ihr Handeln wiederherzustellen, und die Zweifler eines Besseren belehren.

Im Fokus

Studie: Im ländlichen Raum droht ein massiver Hausarztmangel **Seite 2**

Die Dritte Seite

Laos: Luang Prabang lebt vom Tourismus und leidet darunter **Seite 3**

Politik

Frankreich: Le Pen geht gemeinsam mit Bardella in den Wahlkampf **Seite 7**

Grüne wollen mehr Zeit bei GKV-Reform

BERLIN. Die Grünen haben eine Eilklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, um die noch für diesen Freitag geplante Abstimmung über die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Parlament zu verhindern. Er habe das Gericht angerufen, weil er „erhebliche Zweifel habe, dass dieses Gesetzgebungsverfahren noch den verfassungsrechtlichen Anforderungen an ein ordnungsgemäßes parlamentarisches Gesetzgebungsverfahren genügt“, erklärte der Grünen-Gesundheitspolitiker Janosch Dahmen. Er kritisierte ein „chaotisches Gesetzgebungsverfahren“. Eine hinreichende Prüfung im Parlament sei praktisch nicht möglich. **AFP**

– Kommentar und Bericht **Seiten 2, 4**

Palmer berät Özdemir

STUTTGART. Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (parteilos) soll unabhängiger Rat für Staatsmodernisierung werden und die Landesregierung von Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) beim Bürokratieabbau beraten. Palmer behält aber sein OB-Amt. **Seite 5**

Hitzefrei möglich

STUTTGART. Auch an beruflichen Schulen und gymnasialen Oberstufen im Südwesten soll es künftig die Möglichkeit geben, den Unterricht bei großer Hitze vorzeitig zu beenden. Die Landesregierung mahnt die Schulleiter aber zu Augenmaß. **Seite 5**



Nicht nur Haaland glänzt

OSLO. Die Fußballer um Erling Braut Haaland mischen die WM auf. Norwegen hat aber auch sonst viele Sportstars. **red**

Der Schweizer Elfmeterheld

VANCOUVER. Torhüter Gregor Kobel hat die Schweiz ins WM-Viertelfinale geführt. Nun wartet die ultimative Prüfung. **red**

Wetter Seite 28

Ausführliches Inhaltsverzeichnis **Seite 2**

Bürger: Land soll bei der Kultur sparen

BaWi-Check Viele in Baden-Württemberg sehen in zwei Bereichen Sparpotenzial: in der Verwaltung sowie bei Theater und Museen.

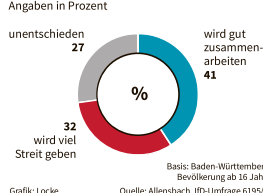
Von Annika Grah

STUTTGART. Trotz sinkender Steuereinnahmen sehen die Menschen im Südwesten nur zwei Bereiche, in denen das Land sparen könnte: bei sich selbst – und bei der Kultur. Vier von fünf Befragten im aktuellen BaWi-Check, der repräsentativen Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, finden, dass das Land Personal in der Landesverwaltung kürzen sollte. Ein Versparnisvertrag auch gegeben hat.

Obwohl Grüne und CDU zum Start jeweils 30 Stellen in den von ihnen geführten Minis-

Fast ein Drittel erwartet viele Konflikte

Glauben Sie, dass die Koalition aus Grünen und CDU in Baden-Württemberg gut zusammenarbeiten wird?



terien schaffen dürfen, beteuert Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne), die Landesregierung halte am Abbauziel weiter fest.

Auch bei der Kultur sehen die Befragten Einsparpotenzial: 72 Prozent meinen, dass für Einrichtungen wie Theater und Museen weniger Geld ausgegeben werden sollte. Im vergangenen Jahr befürworteten nur 59 Prozent Kürzungen in diesem Bereich.

Den Abbau von Schulen hält nicht einmal jeder Fünfte für eine der wichtigsten Aufgaben des Landes. Mehr Geld sollte hingegen im sozialen Bereich in die Hand genommen werden: 90 Prozent möchten, dass das Land mehr für Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser ausgeben soll. 88 Prozent sind der Auffassung, dass mehr Geld in die Ausstattung von Schulen gesteckt werden sollte. Auch höhere Investitionen in Infrastruktur wie Wohnungsbau (78 Prozent) und Straßen (76 Prozent) befürworten viele.

All diese Wünsche zu erfüllen, dürfte angesichts der aktuellen Finanzlage schwierig sein. Besonders hoch sind die Erwartungen an die Regierung aber gar nicht. Nur 38 Prozent trauen ihr zu, die Zukunftsprobleme des Landes anzugehen. 33 Prozent sind davon nicht überzeugt. Das Vertrauen in den neuen Ministerpräsidenten Cem Özdemir (Grüne) ist größer: 53 Prozent trauen ihm zu, ein guter Ministerpräsident zu werden.

– Bericht und Grafiken **Seite 6**

Innenminister erteilt Beamten eine Absage

STUTTGART. Der baden-württembergische Innenminister Manuel Hagel (CDU) hat der langjährigen Forderung des Beamtenbundes im Land nach einer Verkürzung der 41-Stunden-Woche für die Landesbeamten eine endgültige Absage erteilt: „Für eine Absenkung der Stundenzahl sehen wir im Moment keinen Spielraum“, sagte er auch mit Verweis auf die Debatten um längere Arbeitszeiten in der kriselnden Automobilindustrie. Der Bundesvorsitzende des Beamtenbundes, Volker Geyer, warnt derzeit vor einem fortgesetzten „Beamtenbashing, das ganz unmittelbar zur Respektlosigkeit gegenüber dem Staat führt“. **ms**

– Absage an kürzere Arbeitszeiten **Seite 5**

Kostas



Trump: Waffenruhe mit Iran ist beendet

Beim Nato-Gipfel in Ankara wütet der US-Präsident gegen den Partner Spanien und erklärt die Vereinbarungen mit Teheran für hinfällig.

ANKARA. US-Präsident Donald Trump hat beim Nato-Gipfel in Ankara die Hoffnung der Europäer auf ein geschlossenes Auftreten enttäuscht. Er kündigte am Rande des Treffens an, die Handelsbeziehungen mit Spanien wegen fehlender Unterstützung im Iran-Krieg zu beenden. „Spanien ist ein fürchterlicher Partner in der Nato. Sie nehmen nicht teil, sie zahlen nicht“, sagte Trump.

Nach den Angriffen der US-Streitkräfte auf Ziele im Iran erklärte Trump das Rahmenabkommen und die Waffenruhe mit Teheran zu-

dem für beendet: „Ich denke, es ist vorbei. Ich will nichts mehr mit ihnen zu tun haben. Sie sind Abschaum.“ Er halte es für reine Zeitverschwendung, sich mit Vertretern des Irans abzugeben. Zuvor hatte das US-Militär als Reaktion auf Attacken gegen Tanker in der Straße von Hormus Dutzende Ziele im Iran bombardiert. Zudem setzten die USA Sanktionen auf iranisches Öl wieder in Kraft. Trump drohte Teheran mit weiteren „harten“ Angriffen, die in der Nacht auf Donnerstag laut US-Regionalkommando Centcom auch erfolgten.

Er erneuerte auch den Anspruch auf Grönland, das zum Königreich Dänemark gehört. Dazu bemerkte die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, Grönland stehe selbstverständlich nicht zu Verkauf.

Ungeachtet der scharfen Kritik Trumps an der Allianz bekräftigten die Nato-Staaten ihre Bündnistreue und gegenseitige Beistandspflicht. Die von Russland angegriffene Ukraine erhielt eine neue Zusage für milliardenschwere Militärhilfen. Für dieses Jahr sagen Verbündete 70 Milliarden Euro für Ausrüstung, Unterstützung und Ausbildung zu. 2027 soll die Militärhilfe mindestens auf diesem Niveau fortgesetzt werden. **AFP/dpa**

– Kommentar und Berichte **Seiten 2, 4**